

Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin, Sehr geehrter Herr Bundesminister, Werte Legislative,

1.) In offener Frist nehme ich als Autofahrer und Steuerzahler zum Abgabenänderungsgesetz 2014 Art 12 Änderung des Normverbrauchsabgabegesetzes 1991 Stellung wie folgt:

§ 6 Abs. 2 lautet gemäß Entwurf:

„(2) Für andere Kraftfahrzeuge bestimmt sich der Steuersatz in Prozent nach der folgenden Formel:

(CO₂-Emissionswert je 100 km minus 90 Gramm) dividiert durch fünf.
Der maßgebliche CO₂-Emissionswert ergibt sich aus dem CO₂-Emissionswert des kombinierten Verbrauches laut Typen- bzw. Einzelgenehmigung gemäß Kraftfahrgesetz 1967. In der Formel des Abs. 2 kann selbstredend nur der CO₂ Emissionswert je km gemeint sein. Die Formel muss daher folgend lauten: (CO₂-Emissionswert je km minus 90 Gramm) dividiert durch fünf.

Weiters halte ich fest, dass es bei Umsetzung dieses Entwurfes zweifelsfrei eindeutig zu einem Verstoß gegen Art. 110 AEUV kommt, da es an einer Regelung im NoVAG für Gebrauchtwagenimporte aus dem übrigen Gemeinschaftsgebiet fehlt, die bereits vor dem 1.3.2014 im übrigen Gemeinschaftsgebiet zugelassen waren, insofern das Gesetz mit 1.3.2014 in Kraft tritt. Sprich es erfolgt eine Ungleichbehandlung

Art. 110 AEUV lautet:

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten weder unmittelbar noch mittelbar höhere inländische Abgaben gleich welcher Art, als gleichartige inländische Waren unmittelbar oder mittelbar zu tragen haben. Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten keine inländischen Abgaben, die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen.

Nach dem EuGH-Urteil "Ioan Tatu" ist Art. 110 AEUV (früher Art. 90 EG) dahin auszulegen, dass er es einem Mitgliedstaat verbietet, eine Umweltsteuer einzuführen, die auf Kraftfahrzeuge bei deren erstmaliger Zulassung in diesem Mitgliedstaat erhoben wird, wenn diese steuerliche Maßnahme in der Weise ausgestaltet ist, dass sie die Inbetriebnahme von in anderen Mitgliedstaaten erworbenen Gebrauchtfahrzeugen in diesem Mitgliedstaat erschwert,

ohne zugleich den Erwerb von Gebrauchtfahrzeugen desselben Alters und mit derselben Abnutzung auf dem inländischen Markt zu erschweren (EuGH vom 7.4.2011, C-402/09, Ioan Tatu).

Diesbezüglich verweise ich auf den Erlass des BMF vom 29.05.2013, BMF-010220/0133-IV/9/2013

Daher schlage ich zur Einhaltung des Art. 110 AEUV vor zu normieren, dass die bisherigen §6 und 6a NoVAG für Gebrauchtwagenimporte mit Erstzulassungsdatum vor dem 1.3.2014 im übrigen Gemeinschaftsgebiet weiterhin gelten und die neue, rein vom CO₂ Ausstoß abhängige Besteuerung, für Erstzulassungen nach dem 28.2.2014 anzuwenden ist.

Zwar ergibt sich für Gebrauchtfahrzeugimporte mit hohem CO₂ Ausstoß durch den Gesetzesentwurf

sogar eine Steuererleichterung, dies würde aber Fahrzeuge mit inländischer Erstzulassung benachteiligen und wäre in diesem Sinne des EU Rechts nicht gerechtfertigt. Insofern bleibt nur die von mir vorgeschlagene Regelung.

2.) Desweiteren möchte ich hier in offener Frist als Autofahrer und Steuerzahler zum Artikel 10 (Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes 1992) Stellung wie folgt nehmen:

In § 6 Abs. 3 verstößt die Steuererhöhung gegen das Unterzeichnete Papier der Bundesregierung 2013 unter der Seite 107 Zitat "Ziel: Mithilfe einer besseren Nutzung von Lenkungsmöglichkeiten durch das Steuer- und Abgabensystem sollen in Zukunft ökologische und gesundheitspolitische Aspekte stärkere Berücksichtigung finden."

Hier handelt es sich um eine Pauschalsteuer und nicht wie im von BM Spindelegger coram publico mitgeteilt um eine ökologische Steuer, eine Emissionsabhängige Steuer. Beispiel: Wenn ein 300PS Benzinfahrzeug einmal die Woche 100km bewegt wird, werden die Emissionen um sogar ein Vielfaches geringer sein als bei einem 90PS Dieselfahrzeug welches jeden Tag und 300km bewegt wird. Hier entsteht ein Ungleichgewicht und Nachteil. Da der ökologisch nachhaltige Ansatz komplett fehlt sollte das Kraftfahrzeugsteuergesetzes 1992 im jetzigen Modus Operandi in erstem Schritt beibehalten werden und in weiteren auf Null gesenkt werden.

Der ökologische Ansatz kann alleine über die MÖSt realisiert werden mit der Regelung "ne bis in idem". (lat.: Nicht zweimal in der selben Sache)

Ich ersuche daher, diese Bedenken zu berücksichtigen und in den weiteren Gesetzwerdungsprozess einfließen zu lassen, da dieser Entwurf einen massiven Nachteil und schlechter Stellung innerhalb der EU für die Wirtschaft und die Staatsbürger von Österreich nach sich zieht.

Ich stimme ausdrücklich einer Veröffentlichung zu.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Peter, Ing.

Christian PETER, Ing.

christian.peter@gmx.at